Friedhelm Boll

Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 2021/22 in Bonn

Vor einigen Jahren bildete sich in Bonn die „Beueler Friedensgruppe“, die unter anderem zivilgesellschaftliche Kontakte nach Russland aufbauen möchte. Diese Gruppe ist mehrfach öffentlich aufgetreten und hat trotz Corona überwiegend intern eine ganze Reihe von Veranstaltungen durchgeführt. Ihre größte öffentliche Aktion im Jahres 2021 fand im Januar statt, als auf dem Marktplatz vor dem alten Rathaus auf das Atomwaffenverbot hingewiesen wurde, das am 22.01.2021 in Kraft trat. Die Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Die Grünen) hielt eine beachtenswerte Rede, die daran anknüpfen konnte, dass seit 2009 die Bundesstadt Bonn Mitglied in der Vereinigung Mayors for Peace ist, zu der mehr als 8000 Städte und Gemeinden und 166 Länder der ganzen Welt gehören (https://www.mayorsforpeace.org/en/.) Auch die Bonner Oberbürgermeisterin unterstützte die Forderung, dass Deutschland sich dem Atomwaffenverbotsvertrag anschließt und damit die atomare Teilhabe im Rahmen der NATO aufgibt.

Die erfolgreichsten Veranstaltungen im Jahr 2021 bestanden darin, zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (22.06.1941) Informations- und Gedenkveranstaltungen durchzuführen. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Bundestagsdiskussion vom Oktober 2020, in der fast alle Fraktionen den Plan unterstützten, in Berlin einen Ort der Information und des Gedenkens des deutschen Vernichtungskriegs im Osten zu errichten.

An dieser Stelle soll über unsere Konzeption und ihre Umsetzung berichtet werden. Im Anschluss werden die aktuellen Überlegungen zur Gestaltung der diesjährigen Gedenkveranstaltungen kurz erwähnt, wobei die politischen Verwerfungen in Folge des völkerrechtswidrigen Überfalls Russlands auf die Ukraine zu berücksichtigen sind.

Zunächst ging es darum, den Kreis der beteiligten Gruppen möglichst breit zu streuen. Neben den Initiatoren von der Beueler Friedensgruppe haben sich beteiligt: Beueler Initiative gegen Fremdenhass sowie das Deutsch-Russische Jugendparlament Bonn-Kaliningrad, Aufstehen Bonn/Rhein-Siegkreis Anti-Kriegs AG, DFG-VK, Pax Christi Gruppe Bonn, Regionale Arbeitsgemeinschaft

Mittelrhein von Gegen Vergessen – Für Demokratie. Trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung der beteiligten Gruppen, waren sich alle Beteiligten einige, dass die Erinnerung an diesen von vielen, auch ungeheuren genozidalen Menschenrechtsverbrechen begleiteten Krieg wichtig und sinnvoll ist. Die Vergangenheit kennen und erinnern ist immer ein wichtiger Bestandteil für das Gestalten der Zukunft. Die Veranstalter glaubten, mit ihren Aktivitäten auch zivilgesellschaftliche Akteure der hauptbetroffenen Länder ansprechen zu können. Da bisher nur über das deutsch-russische Jugendparlament und über einzelne Russisch-Lehrerinnen direkte Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteuren in Russland, Belarus und der Ukraine bestehen, so trieb uns doch die Erinnerungsverpflichtung an, in diesem Bereich erstmals öffentlich tätig zu werden.

Von bedeutendem Vorteil war die uneigennützige Beteiligung des Bonner Osteuropa-Historikers, Prof. Dr. Martin Aust, der sich bereits seit einigen Jahren für eine stärkere Berücksichtigung des deutschen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion in der deutschen Erinnerungskultur stark gemacht hatte.[1] Zu erwähnen sind auch zwei umfassende Resolutionen des Bundestags vom Oktober 2020, mit denen ein Gedenk/Museumsprojekt in Berlin massiv unterstützt wurde. Ob sich dieses Projekt nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in der angedachten Form noch halten lässt, ist zu bezweifeln. Die Subsumierung aller betroffenen Länder vom Baltikum über Belarus, Ukraine und Rumänien unter einem gegen die UdSSR geführten Krieg wird zu überdenken sein.

Durch die Beschäftigung mit dem Vernichtungskrieg im Osten ist den Initiatoren deutlich geworden, dass zu diesem Thema noch immer große Wissenslücken bestehen. Insgesamt wurde in der sogenannten Aufarbeitung des Nationalsozialismus bereits viel erreicht, aber die unglaublichen NS-Verbrechen im Osten sind nach einer langen Verdrängungsphase noch nicht hinreichend präsent. Hier sind auch Unterscheidungen zwischen dem, was in Polen, im Baltikum oder in der Ukraine bzw. in Ungarn und der sehr spezifischen Vorgehensweise der Wehrmacht/SS/Gestapo etc. in Russland passierte, zu machen.

Zwar bildeten die beiden Wehrmachtsausstellungen in den 1990er Jahren einen ersten Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem Vernichtungskrieg im Osten, jedoch ohne eine anhaltende Wirkung zu erzielen. So ergaben sich

[1] Martin Aust, Erinnerungsverantwortung Deutschlands. Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939 – 1945, Bonn 2021 (Bundeszentrale für politische Bildung).

drei Schwerpunkte für die Gedenkveranstaltungen in Bonn: Aufklären, Erinnern, Gedenken. Daher enthielt die Reihe zunächst einen eineinhalbstündigen Online-Vortrag mit Diskussion von Prof. Aust am 18.6.2021, danach eine große Erinnerungs-/Gedenkfeier am 22.6.2021 auf dem Bonner Marktplatz und zum Abschluss eine Gedenkfeier am 26.6.2021 an den Gräbern der osteuropäischen Zwangsarbeiter auf dem Bonner Nordfriedhof. Zum Thema des Vernichtungskriegs gegenüber der Sowjetunion hatte es in Bonn bisher keine öffentliche Veranstaltung gegeben.

Zum Schicksal der Zwangsarbeiter:innen konnten sich in Bonn und Umgebung seit den 1980er Jahren einige Initiativen entwickeln.[2] Auf Anregung des Stadtrats kam es zu zwei Buchveröffentlichungen des Bonner Stadtarchivs in Zusammenarbeit mit Bonner Historikern.[3] Diese Arbeiten trugen zur Erhellung dieser Schicksale bei. Dabei ging es nicht zuletzt um das Ziel, deutlich zu machen, wie stark der Wille zur Ausbeutung der „Ostarbeiter“ auch hier vor Ort ausgeprägt war. Eine Untersuchung befasste sich mit den Zwangsarbeiterinnen in der Beueler Jutefabrik.[4] Eine andere, bereits 1987 erstellte Untersuchung der Beueler Gesamtschule konnte die Tötung ohne Gerichtsverfahren von drei Zwangsarbeitern in einem Beueler Steinbruch dokumentieren. In diesem Fall waren alle Bonner und Beueler Zwangsarbeiter in Marschkolonnen in den Steinbruch geführt worden: Dort wurden sie gezwungen zuzusehen, wie ihre Kameraden ohne Gerichtsverfahren erhängt wurden. Nach heftigem Streit um dieses Schulprojekt konnte ein Gedenkstein im ehemaligen Steinbruch, jetzt Naherholungsgebiet, errichtet werden.[5]

Insbesondere die Beueler Initiative gegen Fremdenhass hat sich seit Jahren um die Gräber der Beueler Fremdarbeiter gekümmert und die Errichtung einer Steele für die polnischen Zwangsarbeiter:innen auf dem städtischen Friedhof in Beuel veranlasst. Ähnliche Initiativen der Erinnerungskultur haben auch in jüngster Zeit stattgefunden. Mehrere Gedenkfeiern fanden auf dem städtischen Friedhof in Beuel statt. 2019 fand dort eine Gedenkfeier statt, bei

---

[2] Dittmar Dahlmann/Albert S. Kotowsk/Norbert Schloßmacher/Joachim Scholtyseck, (Hg.), „Schagen sich gut und leisten Befriedigendes“. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bonn 1940-1945, Bonn 2006. Darin: Jolanta Altmann-Radwanska, Polnische Zwangsarbeiter in Bonn. Eine Fallstudie mit Beispielen aus der Beueler Jutespinnerei, S. 125-172.

[3]

[4] Dittmar Dahlmann/Albert S. Kotowsk/Norbert Schloßmacher/Joachim Scholtyseck, (Hg.), Zwangsarbeiterforschung in Deutschland. Das Beispiel Bonn im Vergleich und im Kontext neuerer Untersuchungen, Essen 2010.

[5] Ines Skibinski, Mord an polnischen und ukrainischen Zwangsarbeitern auf dem Finkenberg, Bonn 2022, MS; Friedhelm Boll, Die Schule geht in den Stadtteil. Der Gedenkstein im ehemaligen Steinbruch am Finkenberg, in: 20 Jahre IGS Bonn-Beuel, S. 56.

der alle Namen der meist polnischen Menschen verlesen wurde. Daran anknüpfend beschlossen die Veranstalter für die meist aus der Sowjetunion stammenden Zwangsarbeiter auf dem Bonner städtischen Friedhof, wo rund einhundert von ihnen begraben wurden, eine eigene Gedenkfeier abzuhalten.

Die öffentlichen Veranstaltungen in Bonn wurden musikalisch umrahmt durch ein russisches Ehepaar aus Aachen, Aleksander Pankov und Olga Belyaeva, das mit seinen Akkordeons bereits internationales Renommee erworben hat. Damit konnte Russlands kultureller Reichtum ein wenig aufleuchten. Außerdem arbeiten wir mit Dr. Ekaterina Makhotina vom Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Bonn zusammen. Sie hat in den letzten Jahren mit ihren Studierenden eine Vielzahl von Spuren osteuropäischer Zwangsarbeiter im Bonner Raum erkundet und diese zu einer interessanten Website zusammengefügt: https://bonnerleerstellen.net/

Die Bonner Veranstaltungen wurden eingeleitet, wie bereits erwähnt, durch eine Online-Vortrag von Prof. Martin Aust. In der Ankündigung schreibt der Autor: „Der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion war von Anbeginn ein Vernichtungskrieg gegen das politische System der UdSSR, seine Funktionsträger und die Zivilbevölkerung. Zugleich begann das nationalsozialistische Deutschland mit dem Überfall auf die Sowjetunion den Genozid an den Jüdinnen und Juden Europas. Zuvor besetzte Länder bekamen die Radikalisierung gleichfalls zu spüren. Den Holocaust verübten die Deutschen zum einen in Gestalt von Massenerschießungen in der Sowjetunion (einschließlich der Ukraine), zum anderen vernichteten sie die Jüdinnen und Juden in eigens dafür errichteten Vernichtungslagern vor allem im besetzten Polen. Extreme Gewaltpraktiken trugen deutsche Einheiten ferner von der Ostfront an andere Orte im besetzen Europa, etwa nach Warschau, Lidice (Tschechien), Kalavrita (Griechenland) oder Oradour-sur-Glane und Maillé (Frankreich). Der 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion mahnt uns Deutsche, unserer Erinnerungsverantwortung gegenüber den Opfern in der Sowjetunion und ihren Nachfahren, insbesondere in Belarus, der Ukraine und Russland nachzukommen.“

Da vielfach die Dimensionen dieses Vernichtungskriegs wenig bekannt sind, sollen im folgenden Bericht die Hauptpunkte des Vortrags von Martin Aust zusammengefasst werden. Der Autor begann mit einer Schilderung des 21. Juni 1941. Tagebucheinträge aus Russland sprachen von einem sonnigen Sommertag mit Freizeit, Baden und Entspannung. Das idyllische Bild stand in hartem Kontrast zu den vorangegangenen Jahren sowjetischer Geschichte, die

geprägt waren von „Traum und Terror“ (Buchtitel von Karl Schlögel). In krassem Gegensatz stand der folgende Tag, der 22.6.1941, in den Tagebucheintragungen. Die Armeen Deutschlands und ihrer Verbündeten Finnland und Rumänien überfielen auf breiter Front von Karelien bis zum Schwarzen Meer die SU. Die Luftkampftruppen beschossen sowjetische Flugplätze und die Hauptstädte Kaunas, Minsk und Kiew bis zur Schwarzmeerküste. Damit endete die erste Phase des 2. Weltkriegs, die für die sowjetische Bevölkerung aus Ruhe und Frieden bestanden hatte. Eine zweite Phase der Radikalisierung dessen, was Anfang September 1939 begonnen hatte, setzte ein – sowohl in der Planung (A) wie in der Praxis (B).

A) Mit diesem Überfall kehrte Hitler zu seinem zentralen Projekt zurück, wie er es in seinen Verschwörungserzählungen in „Mein Kampf“ entwickelt hatte: In seiner Sicht war die Niederlage von 1918 eine Folge des sogenannten jüdischen Bolschewismus. Daraus folgte der Krieg gegen die Slawen, die Lebensraum im Osten für die sogenannte deutsche Herrenrasse freizumachen hatten. Der Krieg im Osten zielte von Beginn an auf die Ausrottung eines Teils der dortigen Bevölkerung. Hitlers verschwörungstheoretischen Feindbilder wurden umgesetzt,

1. durch den bereits am 6. Juni 1941 erlassenen Kommissarbefehl, demzufolge alle politischen Instrukteure der Roten Armee - ob Männer oder Frauen - auf der Stelle zu erschießen waren. Damit sollte eine sowjetische Elite ausgelöscht werden;

2. durch den Erlass zur Kriegsgerichtsbarkeit vom 13. Mai 1941, der besagte, dass kein deutscher Soldat, egal, was er im Ostfeldzug tat, vor Gericht gebracht werden konnte. Dadurch wurden die ethischen Normen des menschlichen Verhaltens im Krieg aufgrund der Ideologie des Vernichtungskriegs zerstört.

B) Die Radikalisierung der Kriegspraxis bedeutete die Anwendung von Maßnahmen, die völlig außerhalb der bisherigen Kriegsrechtsnormen lagen:

1. Die völlige Blockade Leningrads über fast zweieinhalb Jahre vom Sommer 41 bis zum 27.1.1944. Leningrad sollte nicht eingenommen, sondern ausgehungert werden. In dieser Zeit verhungerten 1,1 Mill Zivilisten der russischen Metropole.

2. Die von der Wehrmacht gefangenen Soldaten der Roten Armee, insgesamt 5,7 Millionen, sollten in den Kriegsgefangenenlagern zur Zwangsarbeit gezwungen und gleichzeitig langsam ausgehungert werden. Von 5,7 Kriegsgefangenen starben 3,3 Millionen, mehr als die Hälfte. Dies geschah z.T.

unter den Augen der deutschen Bevölkerung, da viele Kriegsgefangenenlager in Deutschland lagen.

3. Die Lebensmittel- und Versorgungsmaßnahmen der Wehrmacht in den tiefen Räumen der SU sollten nach einem Plan erfolgen, den die Quartiermeisterei der Wehrmacht mit dem Reichsgesundheitsministerium ausgehandelt hatte: Diese Maßnahmen sollten aus dem Land selbst erfolgen. Man ging davon aus, dass bis 500 km ins Landesinnere hinein die Versorgung der Wehrmacht noch von Deutschland aus erfolgen könne. Darüber hinaus musste sich die Wehrmacht aus dem Land selbst ernähren. Zu diesem Zweck hatten die eroberten Gebiete alles zur Verfügung zu stellen, was die Wehrmacht benötigte. In diesem Rahmen wurden insbesondere in Weißrussland immer wieder Dörfer und Kleinstädte einschließlich der Bevölkerung dem Erdboden gleichgemacht (insgesamt 700 Dörfer mit ihrer Bevölkerung). Die deutschen Planungen gingen von 30 Millionen Toten durch Verhungern zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer aus. Diese Gebiete waren als Lebensraum für Deutsche vorgesehen.

4. Die Gewaltpraktiken des Ostfeldzugs sind nicht zu trennen vom Holocaust. War vor dem Überfall auf die SU noch davon gesprochen worden, die europäischen Juden evt. nach Madagaskar oder nach Ostsibirien zu verschicken, so ging der Chef der SS, Heinrich Himmler, nach Beginn des Ostfeldzugs von einer ganz anderen Zielsetzung, nämlich der Vernichtung, aus.

5. Der Mord an Behinderten und psychisch kranken Menschen erweiterte den Kreis der Täter gewaltig u.a. um Ärzte und Pfleger:innen.

6. Die Behandlung der zivilen Zwangsarbeiter in den besetzten Gebieten wie in Deutschland wurde streng reglementiert und überwacht. Dies diente der beabsichtigten Vernichtung insbesondere der Ostarbeiter. Extrem geringe Verpflegungsraten sowie Verbot des Schutzes bei feindlichen Bombardements führte zu einer beträchtlichen Verminderung.

Daher ist der dritte Teil unserer Erinnerungsveranstaltung (26.6.2021), das Gedenken an den Gräbern der Ostarbeiter auf dem Bonner Nord-Friedhof, laut Martin Aust ein würdiges und angemessenes Unterfangen.

Zur Bilanz des Vernichtungskrieges führte der Autor aus: Die SU verlor 27 Mill. Menschen, davon 13 Millionen Militärpersonen, und 14 Mill. Zivilisten. Die Anzahl der Täter auf deutscher Seite war stark ausgeweitet worden. Der Krieg im Osten stellte nicht nur einen Vernichtungskrieg dar, bei dem nur eine Elite der NSDAP beteiligt gewesen war, sondern ein deutsches Unternehmen, zu

dem viele Deutsche (auch nicht vom NS Überzeugte) beigetragen hatten. Der Täterkreis umfasste die Wehrmacht, Ärzte, Pflegepersonal, die Frauen der Terroreinheiten wie SS, Gestapo, Einsatzgruppen etc.[6] Die deutsche Bevölkerung wurde zu Komplizen des Vernichtungskriegs, z.B. dadurch, dass Wehrmachtsangehörige vielfältige Pakte an Beutegut in die Heimat schickten, oder die beweglichen Güter der Ermordeten (Juden) vom NS-Winterhilfswerk verteilt oder günstig veräußert werden. Auf beiden Seiten der Ostfront standen sich nicht weniger als 11 Mill. Deutsche und 11 Mill. Soldaten der Rotem Armee gegenüber. Hitlers Blitzkriegsidee scheiterte bereits im Herbst 1941 mit der bedeutenden Niederlage in der Schlacht um Moskau. Es folgten weitere Niederlagen insbesondere die bei Stalingrad im Februar 1943. Im Sommer 1944 stand die Rote Armee bereits bei Warschau und in Ostpreußen.

Einen besonderen Akzent legte der Autor auf die Erfahrungsdimension, die sich an die Frage anknüpft, wie russische/sowjetische Menschen diesen Krieg erlebt haben. Zu keiner Zeit der Sowjetunion war die Stimmung der Bevölkerung so identisch mit der Propaganda wie während dieser Jahre. Das Ziel, die Verteidigung der Heimat gegen die deutschen Invasoren, stand nie infrage. Die Aufarbeitung des Kriegs begann bereits während des militärischen Kampfs. Es wurden regionale Historikerkommissionen gebildet, die bereits während des Krieges Interviews mit der (notleidenden) Bevölkerung machten. Ein besonderes Unternehmen stellten Ilya Ehrenburg und Wassili Grossman auf die Beine, die ein Schwarzbuch über den Völkermord an den sowjetischen Juden herausgaben. Dies bildete die erste große Dokumentation der Shoah. Beide Projekte haben einen beachtlichen Quellenwert, da sie die Menschen nicht nur als passive Opfer, sondern als aktive Subjekte zeigten, die sich gegen den deutschen Gegner wehrten. Ab Juni 1945 wurden diese Projekte nicht mehr aufgelegt. Erst Breschnew machte diese Dokumente wieder öffentlich. Auch die Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch, „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“, gehört in diese Kategorie, da sie im Wesentlichen mit Interviews arbeitet. Sie wurde stark beeinflusst vom bekannten Schriftsteller und Regisseur Alis Adamowitsch, der ebenfalls mehrere Dokumentationen (u.a. mit Daniil Granin) mit Interviews über die Zeit der deutschen Besatzung herausgab. Diese dokumentarische Literatur hat einen hohen Wert, auch wenn man sehr genau hinhören sollte.

[6] Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die Unterstützung des Ost-Feldzugs, die das NS-Regime von kirchlicher Seite durch Erklärungen der katholischen Bischöfe erhalten hatte.

In der folgenden Diskussion gingen Jens Koy und Vitaliy Krusch der Frage nach, was wir in Richtung Versöhnung tun können bzw. ob wir Russland gegenüber zu freundlich seien. Prof. Aust meinte, die Aufmerksamkeit, die unser Gedenken hervorruft, sei ein wichtiger Akt. Leider habe der Bundestag es unterlassen, eine Gedenkstunde anlässlich des Überfalls auf Polen 1939 zu veranstalten, so dass man wegen des politischen Gleichgewichts jetzt nicht des Überfalls auf die SU gedenken könne. Dennoch habe es eine Diskussionsrunde der Fraktionen gegeben, die jedoch rasch in die aktuelle Politik abrutschte. Nur Claudia Roth sei beim Thema des deutschen Überfalls auf die SU geblieben. Vgl. https://www.youtube.com/watch?v=8d6EpeCo17g

Abschließend würdigte Martin Aust die Bonner Aktivitäten und sprach über die neuen für Berlin geplanten Erinnerungsorte. Erwähnt wurde die erwartete Rede, die der Bundespräsident zwei Tage später am Ehrenmal der sowjetischen Soldaten in Berlin gehalten hat. Von großer Bedeutung ist die Einsicht, die auch Martin Aust unterstreicht, dass es wenig Sinn macht, eine Hierarchisierung der Opfer vorzunehmen (Nach dem Motto: Wer hat am meisten gelitten?). Wenn, dann ist in diesem Kontext die Erkenntnis wichtig, dass die größte Opfergruppe die Juden ist, deren Genozid jedoch einen völlig anderen Kontext und eine andere Zielsetzung hatte als der Krieg im Osten.

Mehrere Redner fragten, warum der Vernichtungskrieg im Osten nach 1945 so wenig behandelt und aufgearbeitet wurde.

Dazu gab Martin Aust noch eine Reihe von Informationen: 1. Die SS-Aktion 1005 hatte bereits während des Krieges das Ziel, die Mordaktionen im Osten möglichst zu verbergen. Eine eigene SS-Einheit hatte die Aufgabe, alle Menschenrechtsverbrechen des Ostkrieges zu beseitigen, indem Massengräber von Ermordeten (Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Psychiatriepatienten und Widerständler) sollten später nicht mehr aufzufinden sein. Die Gräber wurden geöffnet, die Leichen exhumiert und riesige Scheiterhaufen errichtet, bei denen abwechselnd Leichen mit Eisenbahnschwellen aufgeschichtet und angezündet wurden. Für die übriggebliebenen Knochen hatte man eine eigenen Zertrümmerungsmaschine entwickelt, sodass nur noch Asche und zerfallene Knochen übrigblieben. Über diesen Orten wurden Grünanlagen errichtet, um keine Spuren zu hinterlassen. Diese Arbeit sollte von Juden durchgeführt werden, die anschließend zu vernichten waren. Zeugen des Ostkriegs fanden sich ab 1945 in Lagern von sogenannten DPs (Displaced Persons) in den Besatzungszonen. Darüber berichtet die Schriftstellerin Natascha Wodin in ihrem Buch: „Sie kam aus Mariupol.“ Ein wichtiges und spannendes Buch, wie

Aust sagte. Die angesprochene mangelnde Aufklärung sei schließlich durch den Kalten Krieg blockierte worden. Interessant sei der Versuch von Guido Knopp, zum 50. Jahrestag eine Dokumentation über den „verdammten Krieg“ zu machen. Dieser Versuch sei jedoch nicht frei von Missverständnissen. Man sollte auch festhalten, dass der Mythos von der angeblich sauberen Wehrmacht lange Zeit die Aufarbeitung behinderte, zumal die Rote Armee weiterhin schreckliche Beispiele ihres brutalen Einsatzes gegen Zivilisten in den Aufständen von 1953 (Berlin und DDR), 1956 Ungarn, 1968 (Prag und CSSR) an den Tag legte.

Insgesamt betonte Aust, dass selbstverständlich auch gravierende Widersprüchlichkeiten in diesem Feld zu konstatieren seien: So ist bezüglich der Rote Armee zu konstatieren, dass sie einerseits mehr als alle anderen alliierten Streitkräfte Opfer für die Befreiung vom Nationalsozialismus brachte, andererseits selbst als Instrument der Bekämpfung von Freiheitsbewegungen im Machtbereich der UdSSR diente.

An diesem Online-Vortrag nahmen rund 50 Studierende und andere Interessierte aus der gesamten Bundesrepublik teil.

Die öffentliche Erinnerungsveranstaltung vom 22.6.2021 auf dem Bonner Marktplatz zeichnete sich dadurch aus, dass neben Prof. Aust, der ein zehnminütiges Resümee seines Vortrags vorstellte, Vertreter der betroffenen Konsulate aus Russland, Belarus und der Ukraine eingeladen worden waren. Auch die Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Grüne) sollte ein Grußwort sprechen. Der ukrainische Vertreter lehnte die Einladung wegen der Anwesenheit des russischen Generalkonsuls ab, die Bonner Oberbürgermeisterin wollte nicht mit einem Diplomaten von Belarus gemeinsam auftreten. Die kurzfristige Absage von Frau Katja Dörner stieß allgemein auf Kritik, die sich nicht zuletzt in mehreren Leserbriefen, die wir erhielten, äußerte. Abschließend wird nochmals darauf eingegangen.

Der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Republik Belarus, Denis Sidorenko, sah es als große Ehre an, in Bonn sprechen zu dürfen. Er hob hervor, dass sein Land mit voller Wucht durch diesen Vernichtungskrieg getroffen wurde. Fast ein Drittel der Bevölkerung sei vernichtet worden (ca. 3 Millionen Menschen). Wörtlich sagte er: „Der Krieg und drei Jahre der deutschen Besatzung brachten eine totale Zerstörung des Landes mit niedergebrannten Städten und Dörfern, Vernichtungs- und Konzentrationslagern, wie Maly Trostenez und Osaritschi, Holocaust und

Ghettos, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern.“[7] Darauf folgte eine wichtige Sentenz des Botschafters: „Aber wir müssen die Last der Vergangenheit zusammen überwinden und das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkriegs aufbewahren, um keine einzige Chance dem Neonazismus, der Xenophobie, dem Antisemitismus in der Zukunft in unseren Gesellschaften zuzulassen.“ Abschließend zeigte er sich überzeugt, „dass solche Gedenkveranstaltungen wie heute hier in Bonn, […] und zahlreiche gemeinsame Erinnerungsprojekte einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Annäherung und Versöhnung zwischen unseren Ländern und Völkern leisten.“ Botschafter Sidorenko beendete sein Grußwort mit dem Satz: „Noch einmal vielen Dank und nie wieder Krieg!“

Zweifellos kann man sich über Grußworte von Diplomaten streiten, zumal wenn sie ein politisches Regime wie das aktuelle in Minsk vertreten. Andererseits zeigte Herr Sidorenko, dass unsere wichtigste Intention, nämlich unsere besondere Erinnerungs-Verantwortung gegenüber den Massen-Verbrechen der NS-Geschichte bewusst zu machen, bei ihm angekommen ist. Übrigens erwähnte er ausdrücklich die gut funktionierende Projektpartnerschaft, die die Stadt Bonn über die zivilgesellschaftliche Vereinigung des „Minsk Club Bonn e.V“. mit Minsk pflege.[8] Da wir als Organisatoren der Gedenkveranstaltungen bisher noch keine eigenen Kontakte nach Belarus oder nach Russland besitzen, können wir nur hoffen, dass unser guter Wille auf diesem offiziellen Weg nach Belarus dringt.

Diese Hoffnung gilt selbstverständlich auch für die Begrüßung durch den in Bonn ansässigen russischen Generalkonsul, Alexey Dronov. Auch er dankte uns für die Einladung und beglückwünschte uns zu dieser Initiative. Ein Satz aus seiner kurzen Ansprache soll hervorgehoben werden: „Ich will in erster Linie hervorheben: es gibt keine Probleme der menschlichen Gesellschaft und deren Existenz, die mit Hilfe des Krieges, durch die militärische Gewalt, grobe Einmischung, Ausgrenzung und Unterdrückung gelöst werden könnten. Diese - eher für Kolonialzeit üblichen Mittel - gehören in die Müllgrube der Geschichte. Die taugen ganz und gar nicht dazu, das Menschenleben, die Menschenwürde

---

[7] Zitiert aus dem originalen Redemanuskript, das der Botschafter dem Autor überlassen hatte. Prof. Aust griff diese Formulierung auf und erwähnte in seinem Statement auf dem Bonner Marktplatz, dass rund 700 Dörfer und Kleinstädte völlig niedergemacht worden waren, wobei häufig Frauen und Kinder in die Kirchen getrieben und dort bei lebendigem Leib verbrannt worden waren.

[8] Auf der Website des Vereins heißt es: „Der Minsk Club Bonn wurde zum 18. Mai 1995 im Alten Rathaus der Stadt Bonn gegründet. Als eingetragener Verein verfolgt er ausschließlich gemeinnützige Ziele. Mitglieder sind Menschen und Unternehmen aus Bonn und Umgebung, die den Kontakt mit Belarus für wichtig halten.“ Dort finden sich Grußworte der Bonner Oberbürgermeisterin und des Botschafters Sidorenko. https://minskclub-bonn.de/

und die darauf ruhenden Menschenrechte zu behaupten und zu entwickeln. Außerdem widersprechen diejenigen Methoden drastisch den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, die wir ständig nicht nur vor unseren Augen als auch in unseren Herzen zu behalten haben. Die Gewalt darf ausschließlich im gemeinsamen Interessen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.“ Und etwas später meinte er: „Es lebe der Frieden, es lebe die Freundschaft und gute Zusammenarbeit zwischen den Völkern Russlands und Deutschlands, aller Völker der Welt! Nieder — mit der Feindseligkeit und dem Krieg!“[9]

Die beiden Zitate passten gut zu den Erwartungen der Veranstalter, zumal beide Diplomaten unsere Wünsche nach besseren zivilgesellschaftlichen Kontakten unterstützten. Wir konnten davon ausgehen, dass sie uns bei der Suche nach Partnerstädten für Bonn behilflich sein würden. – Ein Jahr später muss man sich die Frage stellen, ob uns die beiden Diplomaten nur nach dem Mund reden wollten. Unsere Interessen nach zivilgesellschaftlichen Kontakten war ihnen ja bekannt. Die Frage nach der Aufrichtigkeit derartiger Grußworte hätte bei einer für März 2022 geplanten Begegnung mit dem russischen Generalkonsul durchaus gestellt werden können. Der Krieg verhinderte diese Zusammenkunft, denn die Vertreter des „Deutsch-Russische(n) Jugendparlament(s) Bonn-Kaliningrad“[10] sagten das Treffen empört ab.

Für das 2015 von Vitaliy Krusch in Bonn gegründete Deutsch-Russische Jugendparlament sprach Jelena Krusch über eines der schwersten Verbrechen des Vernichtungskriegs im Osten: die bereits erwähnte, fast zweieinhalb Jahre anhaltende Blockade der Stadt Leningrad.

Trotz anhaltenden Regens war diese Veranstaltung auf dem Bonner Marktplatz mit ca. 120 Personen gut besucht. Dies kann für die vier Tage später abgehaltene Gedenkveranstaltung am Bonner städtischen Friedhof ebenfalls festhalten, wo ca.70 Personen den Weg zu diesem weit außerhalb des Stadtzentrums liegenden Friedhof gefunden hatten.

Die Gedenkveranstaltung für die in Bonn verstorbenen Zwangsarbeiter (43 Männer, 20 Frauen, 17 Kinder sowie 14 Menschen, von denen nur das Todesdatum angegeben ist) bedurfte einer besonderen Vorbereitung. Da die dortigen Grabplatten mit kyrillischen Schriftzeichen versehen sind, ließ Etta Fennekohl die Namen zunächst transkribieren. Einige junge Leute von uns und

[9] Wörtliches Zitat aus der mir einige Tage nach der Veranstaltung zugeleiteten Manuskript.
[10] https://jufo-bonn-kaliningrad.de/

aus dem deutsch-russischen Jugendparlament verlasen die Namen, um diese Menschen dem Vergessen zu entreißen. Dabei wurde auf jedes Grab eine weiße Rose abgelegt. Etta Fennekohl berichtete über die Anwerbung und Behandlung der Zwangsarbeiter:innen, die zunächst unter Vorspiegelung falscher Tatsachen (gute Bezahlung, gute Ernährung etc.) nach Deutschland gelockt worden waren. Angesichts des eklatanten Mangels an deutschen Arbeitskräften wurden die „Ostarbeiter“ schon bald mit Zwangsmaßnahmen und in Viehwaggons nach Deutschland verschleppt. Anfangs galt auch noch das rassistische Vorurteil, dass „eindeutschungsfähige“ Personen bevorzugt behandelt werden sollten. Beim Transport, bei der Unterbringung und auf den Arbeitsstellen herrschten meist unmenschliche Lebensbedingungen. Da in der ersten Zeit schwangere Arbeiterinnen zurückgeschickt wurden, häuften sich Schwangerschaften. Doch sie durften dann nicht mehr in ihre Heimat zurück, sondern mussten ihre Kinder in primitive „Ausländerkinder-Pflegestätten“ abgeben, wo die meisten verstarben. Die Rednerin konnte sich in ihrem Bericht auf die erwähnten Untersuchungen des Bonner Stadtarchivs sowie auf noch nicht veröffentlichte Forschungen zu den Bonner Gedenkstätten stützen, sodass sich für diesen Personenkreis in Bonn inzwischen ein gutes Grundwissen angesammelt hat.

Den Abschluss dieser dritten Veranstaltung bildete ein Resümee, das der Autor vortrug. Die drei Veranstaltungen haben den Bedürfnissen der Zuhörer nach Aufklären, Erinnern und Gedenken entsprochen. Viele der Teilnehmer:innen haben bestätigt, dass sie überrascht waren von der außerordentlich verbrecherischen Dimension des Vernichtungswillens, der diesen Krieg auszeichnete. Sie hätten davon erstmals bei unseren Veranstaltungen gehört und auch in der Schule sei nie darüber gesprochen worden. Eine ganze Reihe unserer aktiven Mitglieder der Bonner Friedensgruppen bestätigten diesen Wissenzuwachs. Daher haben wir wohl allen Grund, unsere aufrichtige Scham über dieses Kapitel der deutschen Geschichte zum Ausdruck zu bringen, wie es ja auch die Kanzlerin in ihrem Telefonat mit Präsident Putin am 22. Juni 2021 getan hat.

Was die Bonner OB angeht, so scheint es, dass hier eine Chance vertan wurde. Katja Dörner hätte mit Stolz darauf verweisen können, dass Bonn zu den wenigen Gemeinden in Deutschland gehört, in denen 2021 solche Formen des Erinnerns und Gedenkens stattgefunden haben. Sie hätte ebenfalls ihre Trauer und ihre Scham zum Ausdruck bringen können – und dies im Namen aller Bonnerinnen und Bonner. Auch hätte sie die beiden Diplomaten bitten können,

ihren Völkern darüber zu berichten, was sie hier in Bonn gesehen und gehört haben. Und schließlich hätte sie die Anwesenheit des belarussischen Botschafters nutzen können, ihre Kritik an der Verfolgung belarussischer Menschenrechtsaktivisten zu formulieren.

Auch diese Veranstaltung wurde von den beiden Akkordeonsolisten mit russischer Musik begleitet.

Bei gutem Wetter blieben noch kleine Gruppen von Teilnehmern an den Gräbern zusammen und unterhielten sich über die in Bonn erstmals in dieser Form abgehaltenen Veranstaltungen. Insgesamt haben ca. 240 Personen an den drei Veranstaltungen teilgenommen.

Schlussbemerkung

Der völkerrechtswidrige und mit Kriegsverbrechen bestückte Überfall Russlands auf die Ukraine verändert die Einschätzung der Gedenkveranstaltungen des Jahres 2021: Sie bekommen, so scheint es, einen historischen Charakter, weil vermutlich in naher Zukunft keine Diplomaten aus Russland und Belarus sich die in Bonn gesprochenen Worte zu eigen machen werden. Auch werden sie nicht mehr zu derartigen Veranstaltungen eingeladen werden. Es wird unmöglich sein, die Diplomaten Putins und Lukaschenkos als Vertreter ihrer Völker anzuerkennen. Das Wort des weißrussischen Botschafters in Bonn, zahlreiche gemeinsame Erinnerungsprojekte würden einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Annäherung und Versöhnung unserer Länder und Völker leisten, wird einem Vertreter von Lukaschenkos oder Putins Regime nicht mehr abgenommen werden können.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine wird uns auch in Zukunft nicht daran hindern, des deutschen Vernichtungskriegs im Osten und der damit verbundenen Menschenrechtsverbrechen gebührend zu gedenken. Die Erinnerungsverpflichtung besteht weiterhin und enthebt uns nicht der Aufgabe, diese Erinnerung wach zu halten und dem russischen, wie den anderen vom Vernichtungskrieg betroffenen Völkern unser Wohlwollen zu vermitteln, auch wenn wir z.Z. nicht wissen, wie unsere Sympathie überbracht werden könnte. Die seit Jahren bestehenden Spannungen und der Krieg Russlands gegen die Ukraine haben bereits dazu geführt, dass Veranstaltungen, bei denen allen vom deutschen Vernichtungskrieg betroffenen Völker gedacht werden soll, nicht gemeinsam durchgeführt werden können. Dies hat bereits die Absage des ukrainischen Botschafters im Jahr 2021 gezeigt. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass es unzureichend ist, nur den einen, 1941 begonnenen

Vernichtungskrieg im Osten zu thematisieren. Es wird nötig sein, den anderen betroffenen Ländern einzeln zu gedenken, wobei der 1939 begonnene Vernichtungskrieg gegen Polen nicht außer Acht zu lassen ist.

Nach dem Überfall Russland auf die Ukraine ließen wir das Vorhaben fallen, 2022 ebenfalls eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen. Die Gefahr, missverstanden zu werden, schien den Verantwortlichen zu groß. Auch der Vorschlag, nur der Ukraine zu gedenken, erschien nicht sinnvoll. Daher kamen wir auf einen Vorschlag von Martin Aust zurück, der anbot, gemeinsam mit der Bonner Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus, einen Vortrag zu halten mit dem Titel: „Kriegserinnerung im Krieg: Was bedeutet Russlands Krieg gegen die Ukraine für die Erinnerung an den Überfall auf die Sowjetunion?“ Leider musste dieses komplexe, aber spannende Thema wegen Krankheit des Referenten ausfallen. Die Gedenkfeier am Friedhof der Zwangsarbeiter:innen wollten wir im Jahr 2022 auf keinen Fall ausfallen lassen. Mit einem Vortrag von Etta Fennekohl über die schwangeren Zwangsarbeiter und ihre Kinder gedachten die Beueler Friedensgruppe dieser lange vergessenen und geknechteten Gruppe, wobei auch in diesem Jahr eine musikalische Begleitung stattfand. Etta Fennekohl schilderte die schwierige Lage der Schwangeren, die ihre Kinder bereits unmittelbar nach der Geburt an ein Kinderheim abgeben mussten. Dieses Heim stand unter der Leitung der nationalsozialistischen Bauernschaft, die weder mit den schwangeren Frauen noch mit den Neugeborenen Mitleid hatten. Viele Frauen nahmen daher ihre Kinder mit zur meist bäuerlichen Arbeit, die jedoch genauso abgeleistet werden musste wie ohne Kinder. Die grausamen Lebensbedingungen führten natürlich zu einer hohen Sterberate vor allem der Kinder. Ungefähr zwanzig Teilnehmer:innen hörten schweigend die Verlesung der Namen und beobachteten die Verteilung der weißen Rosen auf den Gräbern. Das Gedenken an den Gräbern werden die Bonner und Beueler Gruppen nicht aufgeben.

Der brutale Angriffskrieg Russland gegenüber der Ukraine wird die Erinnerungskultur in Deutschland auf vielfältige Weise verändern: Eine gemeinsame Erinnerungsstätte mit Museum/Gedenkstätte in Berlin wird überdacht werden müssen.[11] In Bonn werden wir im nächsten Jahr kreative

[11] Siehe dazu die Veranstaltung der Bundeszentrale für politische Bildung mit den Professoren Stefan Creuzberger und Martin Aust zum Thema: "Russland und seine europäischen Nachbarn" am 13. Juni 2022, die ebenfalls aus Anlass des deutschen Vernichtungskriegs im Osten stattgefunden hatte. https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/508412/bpb-salon-russland-und-seine-europaeischen-nachbarn/?mtm_campaign=live-22-06-13 , jetzt auf Youtube. Beide Referenten bezweifeln, dass ein Gedenkort/Museum in Berlin noch sinnvoll ist, wenn dort alle vom Vernichtungskrieg im Osten betroffenen Völker gleichermaßen vertreten sein sollten.

Lösungen für die Erinnerungsverpflichtung finden, sodass Absagen wie die der Oberbürgermeisterin oder des ukrainischen Botschafters nicht mehr vorkommen sollten.

Bilder aus dem Jahr 2021

22.6.2021 Bonner Marktplatz

Martin Aust, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Bonn, und Vitaliy Krusch, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Jugendparlaments Bonn-Kaliningrad e.V.

Russischer Generalkonsul Alexey Dronov

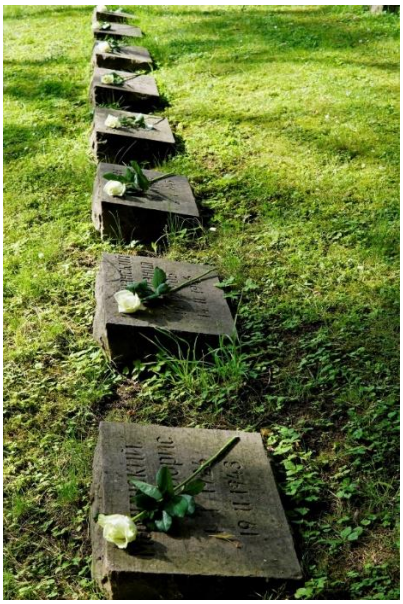
Botschafter der Republik Belarus Denis Sidorenko

Aleksander Pankov und Olga Belyaeva, Aachen

Jens Koy, Beueler Friedensgruppe, Organisator der Veranstaltung auf dem Bonner Marktplatz. Alle Fotos vom 22.6.2021: Friedhelm Boll

Veranstaltung am Gräberfeld der Bonner Zwangsarbeiter, 26.6.2021

v.r.n.l: Etta Fennekohl (Beueler Initiative gegen Fremdenhass), Peter Bille (Aufstehen Bonn/Rhein-Siegkreis), Vitaliy Krusch (deutsch-russisches Jugendparlament), Prof. Dr. Friedhelm Boll (Gegen Vergessen – Für Demokratie, Pax Christi), die russischen Musiker.



Alle Fotos vom 26.6.2021 Charlotte Seibt.

Bilder der Gedenkfeier aus dem Jahr 2022

Etta Fennekohl mit Enkelin und Matthias Höhn (mit Klarinette)